

Das Ziel heißt „Eurabia“

veröffentlicht am 06.11.2016 von journalistenwatch.com



**WIE DIE „OIC“ SYSTEMATISCH
DEN WESTEN ERPRESST**

**UND SEINE ELITEN
KORRUMPIERT,**

**UM DEN ISLAM AN DIE MACHT
ZU BRINGEN**

(R. Thierry)

- ? Warum dürfen Millionen Muslime ungebremsst nach Europa einwandern?
- ? Warum werden islamische Länder vom Westen mit Milliarden von Euros wirtschaftlich unterstützt?
- ? Warum wird der Islam von sehr vielen europäischen Politikern, Medienleuten, Künstlern und Intellektuellen positiv beurteilt?
- ? Warum wird Kritik an der muslimischen Massenimmigration oder am Islam tabuisiert?
- ? Warum werden Islamkritiker diffamiert und mundtot gemacht?

Die „*Organization of Islamic Cooperation*“ mit dem Sitz in *Dschidda* (Saudi-Arabien) ist der Zusammenschluss aller 56 muslimischen Staaten, darunter einige der aufgrund von Ölvorkommen reichsten Länder der Welt. Sie wurde 1969 in Rabat (Marokko) gegründet und repräsentiert ca. 1,25 Milliarden Muslime. Die OIC ist mächtiger und einflussreicher als die UN, im Gegensatz zu letzterer mangelt es ihr weder an Finanzmitteln oder wirtschaftlichem Druckpotential noch an politisch-ideologischer Einigkeit und Schlagkraft.

Die *OIC* ist die Ausgangs- und Koordinationszentrale für die Islamisierung des Westens.

Dabei wird sie von einer gut vernetzten Allianz internationaler (s. Anhang) und einheimischer „*Dhimmi*“-Partnerorganisationen (zum „*Dhimmi*“-Begriff s. u.) unterstützt. Die OIC spiegelt als religiös-politische Organisation perfekt den Charakter des Islams als einer Ideologie wieder, deren religiöse und politische Aspekte voneinander nicht zu trennen sind, weshalb es für sie in der internationalen Staatenwelt auch keine Parallele gibt. Die IOC sorgt mit ihren im Rahmen von Propaganda und Korruption (Finanzierung von Universitäten, Medien und islamophilen pressure groupes) eingesetzten unerschöpflichen Geldmitteln auf der einen und mit erpresserischem Druck (Angst vor Handelsbeschränkungen, Erdöllieferboykott, Abzug arabisch-islamischen Kapitals und vor islamistischem Terror) auf der anderen Seite dafür, dass der Machtbereich des Islams sich

beständig ausweitet, dass Islamkritik als „Islamphobie“ tabuisiert wird und Islamkritiker als „Rassisten“ diffamiert werden. Wie von der OIC beabsichtigt, erfahren die Menschen im Westen deshalb die Wahrheit über den wirklichen Charakter des Islams nicht, erkennen sie seine immense Gefährlichkeit nicht und setzen sich folglich gegen die schleichende Islamisierung ihrer Lebenswelt kaum zur Wehr.

Die 1972 beschlossene „Charta der OIC“ nennt als ihre wichtigsten Ziele unter anderem:

1. Die Ausbreitung des Islams,
2. die Bewahrung des islamischen Erbes und seiner heiligen Stätten,
3. die Verbreitung eines positiven Islambildes in der internationalen Öffentlichkeit,
4. die Wahrung der kulturellen Identität der Muslime,
5. sowie die Unabhängigkeit der Palästinenser durch die Bekämpfung Israels.

1990 wird im Rahmen der OIC die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ verabschiedet, welche die universellen Menschenrechte der UN-Deklaration verwerfen und ihnen ein der Scharia verpflichtetes islamisches Konzept gegenüberstellen. 2000 appelliert die Islamische Weltliga an die Regierungen der Welt, anzuerkennen, dass der Islam Religion und Gesetz zugleich sei, weshalb die „Menschenrechte“ religiöse Vorstellungen und Werte zu respektieren hätten und nicht im Widerspruch zum Willen Allahs stehen dürften.

Auf dem OIC-Gipfel 2005 in Mekka (Saudi-Arabien) werden schließlich die drei entscheidenden strategischen Wegmarken eines weltweiten Propagandafeldzuges zur Schönfärbung des Islams und Bekämpfung von Islamkritikern gesetzt, der den Vormarsch des Islams in den Staaten des Westens weiter forcieren soll.

1. Weltweite Installierung und Vermittlung eines positiven Islambildes – Der Islam wird entgegen allen ideologischen und historischen Fakten als angebliche „Religion des Friedens, der Toleranz, des Rechtes und der Menschenwürde“ beschrieben, die angeblich eine „strahlende Zivilisation und ein wertvolles kulturelles Erbe“ hervorgebracht hätte und angeblich für die Entwicklung des modernen Europas, der Renaissance und der Wissenschaften von „großer Bedeutung“ gewesen wäre, was den historischen Fakten komplett widerspricht.
2. Zuweisung eines Schuldkomplexes an den Westen verbunden mit moralischer Erpressung –

Die westlichen Staaten werden aufgefordert, aufgrund einer angeblichen historischen Schuld (Kolonialismus, wirtschaftliche Ausbeutung etc.) eine moralische Verpflichtung zur Bekämpfung von Armut und Unterdrückung in den islamischen Ländern und zur Bekämpfung der „Islamphobie“ im Westen anzuerkennen, sowie entsprechende Anstrengungen zur finanziellen Unterstützung der islamischen Länder und zur Förderung des Islams im Westen zu unternehmen.

3. Durchführung einer mit Milliardensummen finanziell hochkomfortabel ausgestatteten konzertierten Kampagne zur Aufbesserung des Islam-Images und der Bekämpfung seiner Kritiker – Diese Kampagne soll dadurch unterstützt werden, dass die westlichen Staaten in einen „interreligiösen Dialog“ mit Islamvertretern eintreten, Initiativen in Politik, Medien und Gesellschaft zur Gleichberechtigung des Islams starten, die Bildungspläne an Schulen und Hochschulen zugunsten eines positiven Islambildes revidieren, Einfluss auf Medien und Intellektuelle zugunsten der Weitergabe eines positiven Islambildes nehmen, Aktivitäten für die Akzeptanz von Multikulturalismus und Diversität durch die Öffentlichkeit starten, Gesetze gegen „Islamophobie, Blasphemie und Hassverbrechen“ initiieren, sowie den Zusammenhang zwischen islamischem Terror und Islam leugnen und eine Kompatibilität der Scharia mit den Menschenrechten behaupten.

2006 fordert die OIC-Konferenz in Dschidda eine UN-Resolution gegen die „Diffamierung aller Religionen“. Die Meinungsfreiheit gegenüber religiösen Symbolen soll eingeschränkt und Strategien gegen islamkritische Medienberichte erarbeitet werden, um einer angeblich zunehmenden internationalen „Islamphobie“ zu begegnen. Der UN-Menschenrechtsrat verabschiedet 2007 die von der OIC gewünschte Resolution.

- (Dhimmi: Angehörige der sogenannten „schriftbesitzenden Religionen“ (Juden, Christen, Zoroaster) durften unter islamischer Herrschaft ihre Religion abseits des öffentlichen Raumes zwar privat praktizieren, mussten jedoch für dieses „Privileg“ eine gesonderte Strafsteuer (Dschizya) zahlen. Sie waren rechtlich gegenüber den Muslimen stark benachteiligt und wurden in vieler Weise gedemütigt. Im weiteren Sinne versteht man heute unter einem Dhimmi einen nichtmuslimischen Menschen, der ein besonders islamophiles Verhalten praktiziert, um sich des Wohlwollens der Muslime oder zumindest ihres Verzichts auf Gewalt gegen ihn zu versichern.)

Bereits 1974 werden erste Verträge zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Arabischen Liga zur Unterstützung der muslimischen Immigration nach Europa und des Kampfes der Araber gegen Israel abgeschlossen, nachdem schon vorher Milliarden Dollar an „Entwicklungsgeldern“ an die Terrororganisation PLO und andere islamische Organisationen geflossen waren, um Europa im Rahmen des Euro-Arabischen Dialogs (EAD) von der Fortführung des OPEC- Ölboikotts und terroristischer Anschläge freizukaufen.

Anhang

1991 verabschiedet die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine Beschlussempfehlung an die Mitgliedsstaaten: Aufnahme des Islams in die Curricula der Schulen und Hochschulen, Reinigung der Schulbücher von sogenannten „negativen Stereotypen“ über den Islam, Schaffung von Universitätslehrstühlen für Arabistik und Islamkunde sowie Produktion und Sendung von positiv konnotierten Radio- und TV-Produktionen über den Islam.

1995 startet die EU den „Barcelona-Prozess“, der später zur EUROMED (Euro-mediterrane Partnerschaft) wird.

2003 behauptet das Hohe Beratergremium bei der Europäischen Union in Anlehnung an die OIC eine angebliche geschichtliche Schuld der europäischen gegenüber den islamischen Ländern und empfiehlt mit Unterstützung des Europarates und der EU zu deren Abtragung eine Politik der Entwicklung zu einer multikulturellen Gesellschaft auf beiden Seiten des Mittelmeeres als Basis einer gemeinsamen Zivilisation. 2004 wird die „Euro-Mediterrane Parlamentsversammlung“ (EMPA) für die Anrainerstaaten des Mittelmeers ins Leben gerufen.

2005 wird von der Europäischen Union die Anna-Lindh-Stiftung gegründet. Ihr gehören 2015 insgesamt 48 Staaten in Europa, Afrika und dem Nahen Osten mit mehr als 3.000 staatlichen und privaten Organisationen (in Deutschland u.a. das Goethe-Institut) an. Die Stiftung hat sich zur Aufgabe gemacht, für „kreative Diversität“ und die Entnationalisierung der europäischen Kulturen, also für das Ende der nationalen Identitäten zu werben und dazu ihr staatlich finanziertes Netzwerk von Universitäten, Kulturinstituten und Nichtregierungsorganisationen zu nutzen.

2005 entsteht aus einer Initiative der Arabischen Liga und der EU die Allianz der Zivilisationen, die auf Anregung der UN durch eine sogenannte Hochgradgruppe (HGG) ergänzt wird. Der Bericht dieses Gremiums enthält u.a. folgende von der OIC inspirierte Stichpunkte: Hauptursachen der Konflikte in den islamischen Ländern seien angeblich „Diskriminierung, Erniedrigung und Ausgrenzung“ der Muslime, die zu Empörung und Verzweiflung bei diesen führten; die islamische Kultur sei angeblich eine Quelle der Innovation, Wissenschaft und Aufklärung; unter islamischer Herrschaft in al-Andalus hätte es angeblich eine fruchtbare Koexistenz mit Christen und Juden gegeben, diese hätte angeblich wesentliche Beiträge zur europäischen Kultur geleistet; die Aufklärung der westlichen Führer und Öffentlichkeit über die angeblich positive Rolle des Islams für die Entwicklung der europäischen Moderne müsse intensiviert werden, um die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Unterstützung der islamischen Länder zu befördern; als flankierende Maßnahmen müsse gegen Publikationen vorgegangen werden, die dieser Sicht und Bewertung des Islams und seiner sozialen, politischen und kulturellen Implikationen widersprächen.

2008 wird von der „Anna-Lindh-Stiftung“ der „Interkulturelle Dialog“ mit den islamischen Staaten aktiviert. Dieser fordert von den europäischen Mitgliedsstaaten: Verbesserung der Integration von Migranten, Erleichterung ihrer Einbürgerung, „Fortentwicklung“ der Asylpolitik, sowie Kampf gegen „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“.

2008 tagt der UN-Menschenrechtsrat in Genf zur sogenannten „Islamophobie“. Der türkische Präsident Erdogan fordert die internationale Gemeinschaft auf, „Feindseligkeit“ gegen den Islam zum „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu erklären. OIC-Präsident Doudo Diene behauptet: Zuwanderungskontrollen seien „islamophobisch“; das nationale und kulturelle Identitätsbewusstsein der europäischen Völker produziere „Rassismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“; es müsse daher eine neue, um multikulturalistische und diversitäre Elemente ergänzte gesamteuropäische Identität entwickelt werden; westliche Maßnahmen gegen Terrorismus seien

„diskriminierend und rassistisch“; das europäische Konzept der Religionskritik schließlich müsse aufgegeben werden, da es „Islamophobie“ fördere. Der UN-Menschenrechtsrat nimmt anschließend eine Resolution an, die die Meinungsfreiheit unter den „Respekt“ vor Religion und Glauben stellt, und Islam- oder Schiakitik tabuisiert.

Der Europa-Rat beschließt im Jahre 2008 ein Maßnahmenpaket zur Immigration von Menschen aus den islamischen Ländern, das u. a. folgende Forderungen enthält: Anpassung der europäischen Gesellschaften an die aus der Immigration resultierende sozio-kulturelle Diversität; Bekämpfung von „Diskriminierung und Hass“, insbesondere Bekämpfung der heimischen „Islamophobie“; Entfernung von islamkritischen Textstellen aus Schulbüchern. Die Europäische Union bietet 8 Milliarden US-Dollar für die Wirtschaftsentwicklung des unter arabischer Verwaltung stehenden Palästinas an.